

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

45 (14.2.1933) Der Arbeiter im Betrieb

Der Arbeiter im Betrieb

Beilage für die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation - Erscheint jeden Dienstag

Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums?

Eine unverhämmt freche Wahlflüge abgewürgt

Die Minister des abgefallenen Schleicher-Kabinetts waren noch nicht einmal aus dem Saufe, die neuen Männer der Reichsregierung Adolf Hitlers waren kaum ernannt, da begann schon die Lügenfanfare gegen das Kabinett der nationalen Erhebung.

Musgelöst wurde das gegnerische Trommelfeuer bemerkenswerterweise durch eine ganz dicke und schwere Stinkgranate, die der „Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften abfeuerte. Und dann begann es im Chor zu heulen:

„Das Reichsarbeitsministerium soll zerschlagen werden.“

Durch die Blätter aller Gewerkschaften ging es tobend. Man merkte den politisierenden Bongen so richtig das Lustgefühl an, das in ihnen die Vorstellung erweckte, mit einem fetten Brocken billige Wahlpropaganda für die roten und schwarzen Kohlrabiparteien machen zu können. Wir sind dabei überzeugt davon, daß die Herrschaften genau wußten, wie verlogen diese Hege war. Aber ihnen kam es auf ein Aufputzen der Arbeiterschaft an. Diese sollte gegen Adolf Hitler, gegen den Nationalsozialismus überhaupt, scharf gemacht werden.

Dem deutschen Arbeitnehmer, der in den Reihen der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung seinen selbstverständlichen Platz gefunden hat, war es klar, daß sein Führer niemals zu einer Entrechtung des schaffenden Volkes die Hand bieten würde. Es brauchte nicht erst eines erneuten Bekenntnisses, wie wir es am Freitag im Sportpalast aus des Führers Munde zu hören bekamen:

„Ich gehe dann weiter zum zweiten Pfeiler unseres Volkstums, zum deutschen Arbeiter, zu jenem deutschen Arbeiter, der in der Zukunft kein Fremdling mehr sein soll und darf im Deutschen Reich, den wir zurückführen wollen in die Gemeinschaft unseres Volkes, für den wir die Tore aufprengen werden, auf daß er wieder einzieht in die deutsche Volksgemeinschaft als Träger der deutschen Nation.“

Und so war es auch klar, daß wir über die Versuche der Marxisten, die Stirne des Volkes einzunehmen, nur lachten.

Inzwischen hat sich der neue Reichsarbeitsminister des Kabinetts Adolf Hitler auf einem Presseempfang selbst geäußert. U. a. erklärte er in begriffenwerter Klarheit:

„Die heutige deutsche Sozialpolitik, namentlich vom nationalen Standpunkt aus, muß und wird weitergehen. Sie muß den Arbeiter — manche sagen Proletariat — aus der Unsicherheit seiner Existenz herausführen und ihm einen festen und gleichberechtigten Standort im Staate zuweisen. Das kann nur geschehen, wenn man auch den Arbeitnehmer für voll nimmt und ihm seine

Rechte gewährt. Nicht nur aus der Stellung des Reichsarbeitsministers heraus, sondern aus meiner ganzen Lebenseinstellung unterstreiche ich noch einmal mein Bekenntnis zu dem gemordeten sozialen Recht des Arbeitnehmers.

Damit bin ich auch kein Feind des Arbeits- und Tarifrechts.

Wenn der Minister dann weitergreifend sagte, nicht alle bisher gegangenen Wege seien richtig und gut gewesen, welcher deutsche Arbeiter möchte das bestreiten? Wir alle wissen, daß neue Wege beschritten werden müssen, wenn man — wie sich der Minister ausdrückte — den wirtschaftlich Schwachen helfen will.

Er fuhr dann fort:

„Wenn ich diese Auffassung ausspreche dahingehend, daß die Sozialpolitik ihre Aufgabe hat, bei der Neuordnung unserer Gesellschaft in Deutschland zu helfen, so wird man mir glauben, daß ich diese wichtige Sozialpolitik nicht nur

als ein Anhängsel des deutschen Wirtschaftslebens ansehe. Die deutsche Sozialpolitik hat ihren Eigenwert.

Von diesem Standpunkt aus hatte es schon seinen tieferen Sinn und seine Berechtigung, wenn man die sozialen Fragen im Reichsarbeitsministerium zusammengefaßt hat. Man wird sehr sorgfältig überlegen müssen, ob und was man etwa herausnimmt.

Auf keinen Fall darf der organische Zusammenhang auch auf diesem Gebiet zerstückelt werden.“

Damit ist eine der frechsten und unverhämtesten Wahlflügen widerlegt, mit der gleich von Anfang an verücht werden sollte, dem Kabinett Hitler einen Mafel anzuhängen.

Am 5. März werden die Lumpen, die 14 Jahre lang Deutschland verelendet, alles Vermögen verwirft und einen Trümmerhaufen hinterlassen haben und die sich jetzt herauslügen wollen, auch von der erwarteten deutschen Arbeiterschaft die Duntung erhalten.

Politische Irrwege der Gewerkschaften

(Von einem früheren Gewerkschaftler.)

NSDAP. und Gewerkschaften

Alles Vengnen und Verdrehen von Bongen aller Schattierungen hilft absolut nichts: Die NSDAP. befaßt die Gewerkschaften als Notwendigkeit für die arbeitnehmenden Massen. Unser Führer Adolf Hitler hat sich in seinem Werk „Mein Kampf“ grundsätzlich und eingehend mit der Gewerkschaftsfrage befaßt. Trotz dieser klaren Stellungnahme, an der nicht zu drehen und zu deuten ist, veruchten berufsmäßige Vagner immer wieder, die Partei als „gewerkschaftsfeindlich“ hinzustellen. Im Gegensatz zu dieser Behauptung stehen die Verlautbarungen jener Kreise, die behaupten, die NSDAP. sei genau so klassenkämpferisch veranlagt, wie der Marxismus. Diese Kreise, die sogenannten „feinen Leute“ beweisen damit, daß sie vollkommen hinter dem Mond zuhause sind. Sie beweisen, daß sie trotz Krieg und Revolte nichts, nicht das geringste zugelehrt haben. Vollkommen überlebt ist die Meinung, der soziale Gedanke sei mit dem nationalen unvereinbar. Vollkommen falsch, ja strafbar ist die Auffassung, der nationale Gedanke sei das Vorrecht einer bestimmten Rasse. Die „feinen Leute“ haben sich noch niemals darüber aufgeregt, daß es im Wirtschaftsleben Konzerne, Kartelle, Arbeitgeberverbände, Interessengemeinschaften usw. gibt. Warum gestattet man widerspruchlos dem bestehenden Teil des Volkes die Zulassung, dem Arbeitnehmer aber nicht?

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, um die Lebensrechte der Arbeitnehmer zu kämpfen und den Arbeiter in die Wirtschaft und in das Volk berufsmäßig einzugliedern. Weil die Gewerkschaften hiergegen häufig stündigten, mußte der Nationalsozialismus mehr als einmal kämpfend auftreten, um den Gewerkschaftsgedanken zu reinigen von faulem Vongentum, von eigennütigen Bestrebungen, von privaten Parteiverbindungen und politischen Irrgängen der Gewerkschaftsführer.

Sämtliche Gewerkschaften haben in der Zeit nach dem Kriege schwere politische Fehler gemacht. Noch ist es Zeit, die Folgen dieser Fehler vom deutschen Volke abzumenden.

Die „Freien“ (Preizinken) Gewerkschaften

Schon vor dem Kriege bezeichnete man die „Freien Gewerkschaften“ als die Keimzelle der Roten. Als 1918 das Volk „auf der ganzen Linie gestiegen hatte“, nahmen diese Gewerkschaften einen nicht unerheblichen Aufschwung. Aus Gedankenlosigkeit wurden viele Volksgenossen, die sogar Gegner des Marxismus waren, Mitglieder. Die Gewerkschaftsführer kannten die Struktur ihrer Mitgliedschaft und nahmen sich in der ersten Zeit politisch sehr in acht, um nach außen hin nicht allzusehr anzukönnen. Als nun trotz dieser Vorsicht die Massen abwanderten, bestand für die „Freien“ keine große Veranlassung mehr,

die parteipolitische Maske aufzubehalten. Frei und offen, unbekümmert um die Folgen, bekannte man sich zur Eisernen Front. Aus helbschmerzlicher Angst vor dem erwachenden Deutschland schloßte man sämtliche Glend-Notverordnungen Brünings. Papierte „Proteste“ sollten den Schwindel sowie das böse Gewissen vor der deutschen Arbeiterschaft verdecken.

Ihren Lohn haben die „Freien“ erhalten. Mitgliederrückgang, leere Kassen, verelendete Massen sind die äußeren Merkmale politischer Fehler!

Die Freien Gewerkschaften haben es also auf dem Kerbholz, daß die Not ins Niesenhafte gesteigert ist und der deutsche Arbeiter immer tiefer ins Glend gestochen wurde. Die Führung ist so verstockt, daß sie auch heute den Tatsachen gegenüber blind ist.

Ihre Presse spricht Gift und Galle gegen den Nationalsozialismus. Darin besteht alleine der Kampf für Freiheit und Brot!

Zu der alten Schuld kommt die neue Schuld. Das neugebildete Kabinett Hitler wird verleumdet und verlästert, obwohl die Buzzen wissen müssen, daß nur die gewaltige Volksbewegung des Nationalsozialismus und die Größe ihres Führers den Weg freimachen kann zu Arbeit und Brot!

Der „freiheitlich-nationale“ Gewerkschaftsring

„Freiheitlich-national“ ins Deutsche übersetzt heißt praktisch: Liberal. Im Vergleich zu den Freien Gewerkschaften hat sich der liberale Gewerkschaftsring nur wenig politisch betätigt. Zwei Reichstagsabgeordnete der „Staatspartei“ gingen aus dieser Gewerkschaftsrichtung hervor. Wenigleich die politische Betätigung also nur gering war, so war sie trotzdem nicht minder falsch. Wie kann ein Gewerkschaftsvertreter bei der Staatspartei sein?

Das wichtigste Glied dieser verhältnismäßig unbedeutenden Gewerkschaftsrichtung ist der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA), dessen 1. Vorsitzender seit langer Zeit Mitglied der Demokraten (Staatspartei) ist. Auch hier ist die Frage notwendig: Wie kann ein Vertreter einer Angestellten-Gewerkschaft, die doch einen geistigen Beruf vertritt, bei der Staatspartei sein?

Der deutsche Gewerkschaftsbund

Diese Richtung muß in zwei Richtungen eingeteilt werden: 1. in die sogenannten **Christlichen Gewerkschaften** und 2. in die **Angestellten-Gewerkschaften**. Die christlichen Gewerkschaften die teilweise dem Zentrum sehr nahe stehen, greifen zurück auf die konfessionellen Vereine (Höge, Stoeder, Kettler usw.). Eine Anzahl Reichstagsabgeordneter sind bei der Zentrumspartei, woher sich die Befämpfung des Nationalsozialismus erklärt. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“

leitete sich auf diesem Gebiete wahre Meisterstücke. Die letzte Reichspräsidentenwahl war für die Christlichen deshalb eine tiefenhatte Enttäuschung, weil der christliche Gewerkschaftler Brüning kurz darauf in die Wüste geschickt wurde. Von den Angestellten-Gewerkschaften ist besonders der DGB. zu erwähnen, dessen Geschichte bewußt sozial, national und antisemitisch gezeichnet ist. Es ist erfreulich, daß sich der DGB. auf seine Tradition besonnen und jetzt für den Freiheitskampf eine klare Parole herausgegeben hat.

Der Traum der „Querverbindungen“ ist ein für alle mal ausgeträumt. Jetzt muß auch der letzte DGBler in die Front des Nationalsozialismus eingegliedert werden.

Der deutsche Arbeiter wird nur frei, wenn er sich dem Führer Adolf Hitler anschließt, wenn er erkennt, daß der Nationalsozialismus die Einheitsfront aller ehrlich schaffenden Deutschen ist. Das ist der Gegensatz zur Re-

Achtung! Betriebsrätewahlen

Vergeßt nicht, die Vorlagslisten fristgerecht einzureichen!

aktion, die dem Gedanken der Volksgemeinschaft ins Gesicht schlägt und den deutschen Arbeiter in den Marxismus zurücktreibt. Ohne den deutschen Arbeiter ist jedoch kein Aufstieg möglich. Die Arbeiterschaft ist nicht der schlechteste Teil des Volkes. Ob Arbeiter oder Bauer, ob Handwerker oder Angestellter, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber: Jeder Stand wird im Dritten Reich den Platz einnehmen, der ihm gebührt! Daher: wählt der Arbeitnehmer am 5. März Liste 1.

Der DGB. zur Mitarbeit bereit!

(Drahtbericht unserer Berliner Coriff.) Berlin, 10. Februar.

Die beiden Vorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes haben an den Reichstagsler folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichstagsler! Mit unseren Glückwünschen zu der Übernahme Ihres schweren Amtes, die wir Ihnen namens des DGB. aussprechen, erklären wir zugleich unsere Bereitwilligkeit, Ihnen mit allen unseren Kräften für die Klärung der zu entscheidenden Fragen, die unser Aufgabengebiet betreffen, zur Verfügung zu stehen. Wir haben uns nicht an den gewerkschaftlichen Entschlüssen beteiligt, die die an Ihrem Namen geknüpften Kabinettsbildung als ein Werk der sozialen Reaktion verurteilen. Wir haben, wie wir in dem beifolgenden Aufruf an unsere Mitglieder aussprechen, den heißen Wunsch, daß die Hoffnungen an Ihre Führung bei Millionen Deutschen sich erfüllen. Ihnen, Herr Reichstagsler, ist genau, wie uns bewußt, daß die politischen Bedingungen, unter denen Sie das Amt übernehmen müßten, von der gesamten sozialen Reaktion als eine große Hoffnung für sich angesehen werden. Unsere 40-jährige sozialpolitische Erfahrung, die wir in einem Kampf gesammelt haben, der immer unter der Verantwortung für das gesamte deutsche Volk gestanden hat, fehlt Ihnen für Ihre Arbeit jederzeit zur Verfügung.“

Das Schreiben ist von den beiden Vorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Beshu und Habermann unterzeichnet. Was den Inhalt des Schreibens anbetrifft, so haben wir festzustellen, daß wir bisher von dieser Seite aus oft einen anderen Ton zu hören bekommen haben. Wir freuen uns trotzdem über das Angebot zur positiven Mitarbeit und können dem DGB. die Versicherungen geben, daß die von ihm gebeten Befürchtungen unter der Führung Adolf Hitlers niemals Wirklichkeit werden können.

Achtung!

Es besteht immer wieder Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der „Leitfaden für Arbeitsrecht und Sozialversicherung“

nur gegen Voreinsendung von 85 Pfg. auf Postcheckkonto: „Reichs. Nachsch. München Nr. 48 478“ geliefert wird.

Wir werden künftig alle Bestellungen „durch Nachnahme oder „in Kommission“ unbeantwortet lassen.

Eine Flasche Bier 4 RM.

Wer sehnt sich darnach.

Wer in Rußland nicht als ausländischer Reisender oder Spezialist über fremdes Geld verfügt um im Valutakaufladen zu kaufen, wo gegen russisches Geld alles zu haben ist, der ist auf die russischen Geschäfte angewiesen. Diese, eine Art staatl. Konsumläden, bieten nur geringe Mannigfaltigkeit und Qualität der Waren und sind außerdem für russische Einkommensverhältnisse sehr teuer. Alles was über den notwendigen Lebensbedarf hinausgeht wird als Luxus betrachtet. Wenn es überhaupt fabriziert wird, so verkauft es der Staat zu unermesslich hohen Preisen. So auch das Bier, von dem eine einzige Flasche so teuer ist, daß der russische Arbeiter, der sich diesen köstlich verpönten Luxus leisten will, ein bis zwei Tage hungern oder sich eine ganze Woche krumm legen muß, um sich ein einziges Fläschchen leisten zu können.